

# Zur Kriegslage.

(Mittl.) Großes Hauptquartier, 2. März 1916.

## Östlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage hat im wesentlichen keine Veränderung erfahren. Im Niergebiete war der Feind mit Artillerie besonders tätig. Auf dem östlichen Mainufer opfereten die Franzosen an der Feste Donaumont abermals ihre Leute einem nutzlosen Gegenangriffversuche.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front erreichten die Artilleriekämpfe teilweise große Lebhaftigkeit. Kleine Unternehmungen unserer Vorposten gegen feindliche Sicherungsabteilungen hatten Erfolg. Nordwestlich von Mitau unterlag im Luftkampfe ein russisches Flugzeug und fiel mit seinen Zulassen in unsere Hand. Unsere Flieger griffen mit Erfolg die Bahnanlagen von Molodezno an.

## Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

daß die Arbeitsnachweisinrichtungen nun einen vollkommeneren Zustand erhielten als bisher und daß sie das Vertrauen aller Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhielten. Die Kosten würden seitens des Bezirksverbandes getragen. Wo die Geschäftsstellen einzurichten seien, sei noch nicht bestimmt. Es sei die Möglichkeit ins Auge gefaßt worden, sie zunächst entweder den Gemeindevorstellungen oder den Ortsgruppenräten anzuschließen. Es werde sich auch hier ein Weg finden lassen. Nun wolle der Gang der Dinge der sein, daß arbeitstuchende oder Arbeiter suchende Arbeitgeber sich an die Zweigstellen des Arbeitsnachweises wenden und diese werden bestrebt sein, das Bedürfnis zu erfüllen, eventuell würden sie mit den noch bestehenden Zweigstellen oder der Zentralstelle des Bezirks in Großenhain in Verbindung treten. könne auch dann dem Bedürfnis noch nicht entsprochen werden, dann werde man sich an den Zentralarbeitsnachweis für den Bezirk der Kreisshauptmannschaft Dresden oder auch an den Zentralarbeitsnachweis für ganz Sachsen in Leipzig wenden. Und da wir durch die neuen Arbeitsnachweisinrichtungen gezwungen sein würden, oft mit dem Zentralarbeitsnachweis der Kreisshauptmannschaft Dresden in Verbindung zu treten, wachse unser Interesse an dieser Einrichtung. Deshalb habe der Rat den Beitritt unserer Stadt zum Dresdener Zentralarbeitsnachweis mit einem Jahresbeitrag von 40 M. beschlossen. Das Kollegium trat dem Beschlusse hierauf einstimmig bei.

### Herr Bürgermeister Dr. Scheider über die Butter- und Kartoffelfrage.

Herr Stadt. Richter bringt die Butterfrage seit zur Sprache und stellt die Frage, ob es nicht möglich sein würde, den Militärpersonen die Marken wieder zu entziehen und das Militär an die Zentralarbeitsnachweisinrichtung zu verweisen. In Großenhain und anderwärts bekomme die Bevölkerung 1/2 Stück Butter, in Meißen aber nur 1/4 Stück. Dieser Unterschied innerhalb des Kommunalverbandes sei auffallend. Vielleicht lasse sich doch ein Ausleich herbeiführen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider bemerkt, daß er erwartet habe, daß die Butterfrage werde angegriffen werden. Es sei ihm dies auch ganz lieb. Er müsse aber sagen, daß die Marktschilde des Herrn Stadt. Richter sich insofern bereits erledigt hätten, als der Rat in dieser Richtung von selbst bereits Schritte unternommen habe. Dem (Redner) sei allerdings sogar der schwere Vorwurf gemacht worden, er habe die Einwohnerzahl in der Butter- bezw. Lebensmittelfrage im Auge gelassen. Er habe sich aber immer redlich bemüht, genug Butter heranzubringen und es sei ihm dies auch gelungen, wenn auch (vor Einführung der Höchstpreise) zu Krellen, die verlangt wurden. Die Molkerei habe Butter tatsächlich mit Verlust verkauft. Dann seien die Höchstpreise gekommen und von da an sei es nicht mehr möglich gewesen, genug Butter heranzubringen. Die Butterverorgung sei schwieriger geworden, weil nach Festsetzung der Höchstpreise weniger Auslandsbutter herbeigekommen und die Milchproduktion immer mehr zurückgegangen sei. Es sei deshalb in Sachsen, das ja ein Aufschwund sei, eine Regelung der Butterverorgung durchgeführt worden. Vor der Einführung der Butterkarte hätten besonders für die ärmere Bevölkerung unglückliche Verhältnisse bestanden, deshalb sei die Butterkarte nur zu begrüßen gewesen. Nach ihrer Einführung habe sich dann ein bedeutender Ueberschuß an Butter ergeben und aus Meißen seien 15 Tonnen Auslandsbutter an die Kreisshauptmannschaft Dresden zurückgegangen. Dazu sei aber die Stadt verpflichtet gewesen; sie habe den Ueberschuß nicht für spätere Zeiten aufbewahren dürfen, weil ja in Dresden bei Einführung der Butterkarte nicht einmal soviel Butter vorhanden gewesen sei, daß auf den Kopf 1/4 Stück entfallen konnte. Die Stadt habe die Verabreichung von Butterkarten an das Militär gleich von vornherein abzulehnen versucht. Es sei ihr aber mitgeteilt worden, das Kriegsministerium habe eine Verfügung erlassen, daß das Militär wie andere Einwohner mit Butter versorgt werden müsse. Nur für das Lager in Reichenau sei eine Butterverorgung seitens der Militärbehörde eingeleitet worden. Also auch dieser vom Stadt. Richter vorgeschlagene Weg sei vom Räte schon von selbst beschritten worden. Das Militär sei auch scharf kontingentiert mit der Butterkarte, es würden nicht mehr Butterkarten gegeben, als Köpfe vorhanden seien. Herr Stadt. Richter habe seiner Empfehlung, mit dem Bezirk und der Kreisshauptmannschaft ins Einvernehmen zu treten und einen Ausgleich anzustreben. Dieses Einvernehmen bestehe schon lange und laufe jeden Tag hat. Von der Kreisshauptmannschaft sei ihm (Redner) gelangt worden, daß, wenn Dresden mit 1/4 Stück Butter so lange Zeit habe auskommen müssen, und auch Dresden auch noch andere Städte, so werde dies Meißen wohl auch einmal ertragen können. Der Rat habe sich also entschließen müssen, das Quantum auf die Hälfte herabzusetzen. Er hätte es nicht getan, wenn sich eine Möglichkeit gefunden hätte, irgendwoher Butter zu beschaffen. Es sei andererseits unbedingt notwendig, daß der Rat, sobald er die Ueberzeugung habe, daß die zur Verfügung stehende Butter nicht ausreichte, mit der Verabreichung des auf die Butterkarte zu verabreichenden Quantums vorgehe, denn wenn die Butter nicht ausreichte, dann seien es immer die Ärmsten, die in erster Linie darunter zu leiden hätten. Sie hätten ihrer Arbeit nachzugehen und seien daher nicht immer in der Lage, sich rechtzeitig Butter zu sichern. Das müsse vermindert werden, es schaffe Erbitterung. Die Verabreichung des Quantums bei geringen Vorräten sei aber auch diesen Kreisen ihre Butter. Die Stadt sei auch mit der Amtshauptmannschaft in Verbindung getreten und habe von dort Butter überbekommen. Es sei also alles getan worden. Was es nun komme, daß wir mit Butter so knapp versorgt seien, das sei allerdings fast ein Rätsel. Vielleicht sei es mit darauf zurückzuführen, daß die Milch immer noch knapp sei. Es sei auch beobachtet worden, daß Butter nach Meißen und Dresden geliefert worden sei, und wir würden, um dem zu begegnen, wohl darauf zu kommen müssen, den Höchstpreis für Landbutter wie in Meißen und Dresden auf 128 Pfg. das Stück heraufzusetzen. Als er den Bescheid von der Kreisshauptmannschaft erhalten habe, daß nicht mehr als 5 Tonne Butter geliefert werden könnten, habe er gebeten, daß dann dafür die nächste Sendung reicher ausfallen möchte. Ein bindendes Versprechen habe er nicht zugesichert bekommen, doch sei ihm mitgeteilt worden, daß vielleicht bei der nächsten Sendung wieder mit der Verteilung von einem 1/4 Stückchen Butter gerechnet werden könne. Versprochen könne in dieser Hinsicht aber nichts werden. Es sei aber zu ersehen, daß der Rat alle Maßnahmen, die nur überhaupt erwoogen werden konnten, in Betracht gezogen habe.

Herr Stadt. Wende fragt, warum die Regierung nicht darauf gekommen sei, auch die Selbstversorger auf ein gewisses Teil Butter festzusetzen. Die Städte müßten bei der Regierung vorstellig werden, daß der Butterverbrauch auch für die Produzenten geregelt werde. — Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwidert, auch dies sei bereits geschehen. Der Rat habe die gleiche Ansicht zum Ausdruck gebracht. Die Regierung habe diese Frage auch erwoogen, sie sei aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Schwierigkeiten, hier eine Kontrolle zu üben, zu große seien. Die Meinung des Herrn Stadt. Wende sei aber an sich richtig und er (Redner) habe auch in einer Eingabe ausgeführt, daß auch wenn man die Schwierigkeiten der Kontrolle nicht vertennen wolle, doch ein großer Teil der Butterproduzenten schon durch die Strafandrohung sich an die Vorschriften halten würde. Dies Vertrauen habe er zu den Buttererzeugern. Meistens sei es nur das Gefinde, das ein größeres Teil Butter be-

anspruch. Wenn man die Beschränkung auf die Butterproduzenten ausgedehnt hätte, so würde man den Landwirten eine Handhabe gegeben haben, die Butterverabreichung an das Gefinde einzuschränken. — Herr Stadt. Wende führt an, daß man den Kleinbäueren den Verkauf von Butter wider entzogen habe, worüber diese ungelassen seien. Man solle auch diesen wieder Butter zuführen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwidert: Wer nicht in der Frage der Butterverorgung heim liege, der könne natürlich nicht Urtheil erlassen, ob diese oder jene Maßnahme zweckmäßig sei. Selbstverständlich vertritt er die Ansicht, daß alle Geschäfte weiter mit Butter handeln können. Die kleinen Geschäfte hätten nicht von der Molkerei, sondern von Herrn Grünberg bezogen und solange dieser genügend Auslandsbutter gehabt habe, habe sich Meiner trotz der Schwierigkeit der Kontrolle einverstanden erklärt, daß Herr Grünberg an andere kleine Händler abgebe. Wenn wir aber jetzt für die ganze Stadt nur 5 Tonne Auslandsbutter erbleiten, dann könnten diese doch nicht an alle Händler der Stadt verteilt werden. Aber selbst diese Unzumutbarkeit würde ich schließlich an der Verteilung nicht hindern, wenn nicht in der Preisprüfungsstelle Klage darüber geführt worden wäre, daß auch solche Butter als Auslandsbutter verkauft wird, die gar keine ist. Die Form für Auslandsbutter scheint mißbraucht worden zu sein. Es sei schließlich garnicht mehr zu überlegen gewesen, was Auslandsbutter verkauft. Die Molkerei und Herr Grünberg seien aber nicht gehindert worden, daß sie Butter, die aus dem Inland kommt, an die kleineren Händler weiter geben.

Herr Stadt. Schneider bringt die Safernet in Meißen zur Sprache, unter der die Pferde sehr zu leiden hätten. Wenn anderwärts Safernet gefüttert werden könne, dann müsse auch Meißen wieder einmal welches bekommen. — Herr Bürgermeister Dr. Scheider konnte Herrn Stadt. Schneider versichern, daß im Bezirke der Amtshauptmannschaft Großenhain die Pferde nicht wieder Safernet bekommen würden. Die Werdebefugte möchten sich nur an die Amtshauptmannschaft wenden. Es werde auch wieder eine Kleuerverteilung stattfinden, vielleicht könnten auch Pferde wieder etwas davon bekommen.

Herr Stadt. Richter brachte hierauf noch die in der Stadt herrschende Kartoffelnot zur Sprache. Herr Bürgermeister Dr. Scheider bezeichnete sie als die allerdringlichste Frage. Er ging hierauf näher auf die Ursachen der Knappheit (bedeutender Mehrverbrauch in den Familien, Brotverrechnung, Kartoffelkohlenfabrikation usw.) ein. Auch bezüglich der Kartoffelverorgung glaube der Rat, getan zu haben, was er tun konnte. Meiner verweist nochmals darauf, daß es ein Fehler der Einwohnerschaft gewesen sei, daß sie die

erste Aufforderung seitens des Rats zur Kartoffelannehmung unbeachtet gelassen habe. Wenn damals genügend Vorräte angemeldet worden wären, so hätte sie der Rat jedenfalls mit Hilfe des Kommunalverbandes beschaffen können. Bei der letzten stattgefundenen Anmeldung des Bedarfs bis Ende März seien 2200 Tonne angemeldet worden. Aber auch bei dieser dritten Aufforderung hätten sich wieder viele nicht gemeldet und kämen nun jetzt erst angelaufen. Die Stadt müsse nun von dem angemeldeten Quantum wegnehmen und diesen Nachgängern auch etwas geben, da man diese ja auch nicht hungern lassen könne. Die Amtshauptmannschaft habe auf die gemeldeten 2200 Tonne bis jetzt 1800 Tonne angewiesen, diese seien aber bis auf 230 Str. mit der Bahn zu verfrachten. Vorläufig habe die Stadt nur ein geringes Quantum an der Hand. Von Ende März an solle wieder eine Neuregelung eintreten. Es sei darauf hinzuwirken, daß beruhigend befädigt werde, daß genügend Kartoffeln vorhanden seien und daß schließlich mit der fehlgeht Kartoffelknappheit bestehe. Es gelte von der Stadt auch in dieser Frage alles. Der Rat habe gedrängt und getrieben und der Kommunal-Verband habe alle Mühe aufgewendet, um den Ansprüchen der Stadt gerecht zu werden.

### Die Nordostbahn-Angelegenheit.

10. Herr Stadt. Wende lenkt die Aufmerksamkeit des Kollegiums auch auf die Frage der Nordostbahn, die jetzt durch das Dekret Nr. 22 und die Verhandlungen im Landtage wieder im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht. Er sowohl als auch Herr Stadt. Komberg schlagen vor, das Kollegium möge sein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß in dem Regierungsprojekt die Wünsche der Stadt nicht Berücksichtigung finden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider führte hierzu aus, daß das Regierungsprojekt etwas ganz anderes vorschläge, als die Stadt angestrebt habe. Es habe eine große Durchgangsbahn sein sollen, Anschließ nehmen an den Teil der Dresden-Leipziger Linie, der von Meißen bis Leipzig führt. Die Staatsregierung habe früher selbst ausgesprochen die Linie begründet, die von der Stadt gewünscht worden sei. Sie habe diese ihre frühere Ansicht aber schon vor dem jetzigen Dekret wiederlegt. Das Bedauerliche an der Sache sei, daß man die Ueberzeugung haben müsse, daß bei uns eine kleinliche Eisenbahnpolitik betrieben werde. Für die Gedanken, die



Erhard von Kroschinsky



Ritter von Kroschinsky, Kriegsminister



Graf Paaf, General-Adjutant d. Kaisers



Maximilian Kroschinsky



Friedrich Graf von Beck



Freiherr Bollras von Ahnenburg

Die neuen österr.-ungar. Generalobersten.